



09.08.2020

## Offener Brief zur Wiederaufnahme von Abschiebungen

Sehr geehrter Herr Innenminister Joachim Herrmann,

mit Sorge sehen wir, dass Abschiebungen von Geflüchteten wieder zunehmen. Dabei wird immer noch zu wenig berücksichtigt, wer gut integriert ist, eine Beschäftigung hat oder hatte. Außerdem sind noch weitere Gründe gegen Abschiebungen hinzugekommen, wie z.B. die Covid-19-Situation im Herkunftsland.

Der Abschiebungsversuch von Amir Nikan (Iraner) steht hierfür exemplarisch. Seit 2017 hat er immer wieder gearbeitet. Die verschiedenen Arbeitgeber waren mit ihm sehr zufrieden. Im Iran erwarten ihn Gefängnis und ein hohes Risiko durch Corona.

Wir möchten nochmals unsere Grundsätze betonen:

- In Länder, in denen es **Kriege** gibt, darf nicht abgeschoben werden. Dies gilt in besonderer Weise für Afghanistan.
- Es darf keine Abschiebungen in Länder geben, die **Corona-Hotspots** sind, dies gilt im Moment für weite Teile Asiens und Afrikas. Der Schutz vor Corona muss für alle Menschen gelten – nicht nur für deutsche, sondern auch für hierher Geflüchtete.
- In der letzten Zeit häufen sich **Strafanzeigen wegen fehlender Mitwirkung** bei der Passbeschaffung. Dies ist besonders problematisch, da hierdurch Tagessätze erreicht werden können, die eine Arbeits- oder Ausbildungsgenehmigung verhindern oder auch zu Abschiebungen führen. Dass die Passbeschaffung durch Eritreer fast unmöglich ist, sei ergänzend erwähnt.

Wie schwierig es ist, die Identität zu klären, wird zu wenig gesehen. Corona-bedingt ist sie oft nicht möglich. Auch kostet die Ausstellung von Dokumenten viel Geld. Geld, das gerade Geflüchtete ohne Beschäftigungserlaubnis nicht haben. Auch bleiben die Ängste der Geflüchteten unberücksichtigt. Ein besonders schlimmes Beispiel stellt der Iran dar. Hier werden vor allem – aber nicht nur – Bahai, Ahmadiyya, Christen und Homosexuelle verfolgt, und dies gilt auch für die Angehörigen. Wenn sich dann jemand nicht an die iranische Botschaft wenden will, um einen Pass zu erhalten, ist dies mehr als verständlich.

- Entscheidungen über eine Abschiebung werden aufgrund der jeweiligen Aktenlage getroffen. Hier hören wir immer wieder, dass „**positive**“ **Gesichtspunkte** (z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten wie Mitwirkung in Vereinen,

Unterstützung anderer) oder auch Krankheiten nicht in den Ausländerakten aufgeführt sind. Auch hier muss sich etwas ändern.

Wir bitten Sie daher dringend, darauf hinzuwirken, dass diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Gez. für den Vorstand  
Bettina Riep, Dr. Joachim Jacob



Verband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer\*innen Bayern  
Vorsitzende: Bettina Riep, Dr. Joachim Jacob

Jede Stimme zählt und verleiht den ehrenamtlichen Helfer\*innen in Bayern stärkeres Gehör! Werden Sie kostenlos Mitglied in unserem Verband <http://www.unserveto-bayern.de/membership/register.php>